bnr.de
blick nach rechts

26. Jahrgang | 01 | 08. Januar 2009

Rechte Szene 2

„Personeller Neuanfang“
Der amtierende NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hat dramatisch an politischem Gewicht verloren – freie Neonazis verabschieden sich von der „Volksfront“.

Abstruse Bürgerrechtler
Deutliche Drohung gegen Wariner Bürgermeister – die Interim Partei Deutschland hat unverhohlen Kontakte in antisemitische Kreise.

„Lunikoffs-Soldat“
Der Neonazi Philipp Hasselbach ist in der einschlägigen Szene als Redner sehr gefragt und gilt als hoffnungsvolles Nachwuchstalent.

Auftakt in Hessen
Rechtsextreme rüsten zur Landtagswahl.

Ausland 6

Angst und Schrecken
Paramilitärische Garde in Ungarn aufgelöst.

Prozesse 7

Musik im Probenraum
Skinheads klagen gegen die polizeiliche Auflösung einer Konzertveranstaltung in angeblich privatem Rahmen.

Blick in die Zeitgeschichte 8

Düstere Erinnerung
2009 jähren sich wieder zahlreiche Daten deutscher Geschichte – ein Rückblick auf die Jahre 1934, 1939 und 1944.

Antisemitismus 9

Chronik des Hasses
Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2008:

Meldungen 12

Rechte Szene

„Personeller Neuanfang"

Der amtierende NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hat dramatisch an politischem Gewicht verloren – freie Neonazis verabschieden sich von der „Volksfront".

Man darf sich die NPD-Parteizentrale in der Seelenbinderstraße in Berlin-Köpenick derzeit als Bunker vorstellen. Drinnen sitzt – mit immer weniger Getreuen – Udo Voigt, schwer unter Beschuss, aber tapfer Durchhalteparolen verbreitend. Langjährige Mitstreiter haben den Parteichef verlassen. Andere, die er erst vor wenigen Jahren in die Partei holte, wollen auch nichts mehr von ihm wissen. Er reagiert mit Verschwörungstheorien: Das System und dessen Medien seien Schuld an seiner prekären Situation. Seine Neujahrsbotschaft wird zum Dokument des Realitätsverlusts: „Vorwärts Nationaldemokraten – Der Kampf um Deutschland wird weitergeführt!", schreibt er. Dass es nicht mehr sein Kampf sein wird – jedenfalls nicht als Vorsitzender der NPD – hat er womöglich noch nicht realisiert im Köpenicker Bunker.

Schon beim Bamberger Parteitag im vorigen Jahr hatte sich Udo Pastörs, der Vorsitzende der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern von Voigt abgesetzt. „Wenn bei mir Fraktionsgelder wegkommen würden, müsste ich zurücktreten", ließ er immer mal wieder wissen. Anfang Oktober erklärte Andreas Molau seinen Abgang aus dem Bundesvorstand. Er könne die Parteiführung „nach den Ereignissen um die Veruntreuung von Geldern in der Partei nicht mehr voll unterstützen". Zwei Tage zuvor hatte sich Voigt vom Vorstand noch das Vertrauen aussprechen lassen. Doch das Votum pro Voigt konnte nicht verhindern, dass seine Basis bröckelte. Mitte November kam der Vorstand erneut zusammen und beschloss „mit deutlicher Mehrheit", wie es in einem Schreiben an Funktionäre hieß, die eigentlich für Ende 2009 vorgesehene Neuwahl des Vorstands auf das Frühjahr vorzuziehen.

Die schlechten Nachrichten für Voigt, der sich zumindest bis nach der Bundestagswahl an sein Amt klammern wollte, rissen nicht ab: Ende November wurde wegen möglicher falscher Rechenschaftsberichte erneut die NPD-Zentrale durchsucht. Und mit Generalsekretär Peter Marx ging einer auf Distanz, der öffentlich bis dahin immer treu an Voigts Seite gestanden hatte. „Ich erwarte, dass ein neuer Vorsitzender gewählt wird", erklärte er – und tippte auf den Parteivize Holger Apfel. Voigt gab sich trotzig: „Selbstverständlich" werde er wieder kandidieren. Am 28. November verschickte Apfel ein Rundschreiben an Parteifreunde, in dem er zwar mitteilte, nicht gegen Voigt kandidieren zu wollen, aber eine deutliche Aussage pro Voigt vermied. Statt dessen notierte er beiläufig, er zähle „auch Molau zu jenen, die auch in der Zukunft eine zentrale Schlüsselfunktion in der NPD innehaben sollten".

Zwei starke Machtzentren der Partei in Dresden und Schwerin

Spätestens zu diesem Zeitpunkt durfte man daran zweifeln, ob Voigt noch realistisch wahrnahm, was um ihn herum vorging. Als der „Spiegel" Ende November über eine mögliche direkte Beteiligung Voigts an Finanzschummeleien berichtete, reagierte er so: „Das BRD-System scheint einen anderen Parteivorsitzenden zu wollen, das ist mir nun klar." Ex-Freund Marx legte in der „Jungen Freiheit" Anfang Dezember noch einmal nach: „Die Partei braucht einen personellen Neuanfang, um nach vorne zu kommen." Sollte der Parteitag Voigt im Amt bestätigen, werde er nicht mehr für den Vorstand kandidieren. Spätestens mit Marx' Absage an Voigt war das zuvor noch relativ stabile Machtgefüge innerhalb der NPD in Auflösung geraten. Zwei starke Machtzentren der Partei mit den Fraktionen in Dresden und Schwerin, die sich beim Kampf um die innerparteiliche Macht egalisierten, dazu die engere Parteispitze in Berlin um Voigt als ausgleichende Kraft, schließlich (weniger stark) der – lediglich finanzkräftige – Parteivize Jürgen Rieger als vierter Pol: Dieses Modell galt nun nicht mehr. Voigt verlor dramatisch an politischem Gewicht. Und wiederum Marx verriet dem „Spiegel", Apfel und Pastörs hätten sich darauf verständigt, Molau für den Parteivorsitz vorzuschlagen. „Altermedia" kommentierte: „Dieser dürfte als Kandidat umso perfekter sein, da er selber innerhalb der Partei, im Gegensatz zu seinen beiden gegenwärtigen Gönnern, über keine eigene Hausmacht verfügt und ihnen daher, als perfekte Alternative für Voigt in der Eigenschaft als nomineller Parteivorsitzender erscheinen muss".

In einer ersten Erklärung zu seiner Kandidatur ging Molau auf Distanz zu Revolutionsträumern und jenen Neonazis, die den meisten NPD-Landtagsabgeordneten eine „Verbürgerlichung" vorwerfen. Er wolle „für eine erfolgreiche Politik der NPD werben, die bereits das Herz vieler Menschen erreicht hat, insbesondere in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn wir uns so auf die Sorgen unseres Volkes konzentrieren, wenn wir Antworten im Hier und Heute haben auf die sozialen Fragen, dann haben wir auch die Chance, im nächsten Jahr mit dem Rückenwind einiger Landtagswahlerfolge endlich jene bundespolitische Bedeutung zu erringen, die andere europäische Rechtsparteien längst in einem viel größeren Maße haben."

In einem später nachgeschobenen Papier zur „Ausbildung eines nationalen Milieus", das Molau – völlig untypisch für einen NPD-Funktionär – in einem rechten Forum zur Diskussion stellte, konkretisierte er seine Erwartungen an die „Parteifreien": „Voraussetzung für die NPD bei einer organisatorischen Zusammenarbeit muss der absolute Verzicht auf Gewalt sein, die Anerkennung des Mehrparteienprinzips und das Primat des Politischen." Molau warnt – offenbar mit Blick auf die NS-Fraktion der extremen Rechten davor, „dass man restaurativ alte Zustände wiederherstellen möchte". Zumindest verbal will er sich aber die Türen zu den „freien" Neonazis offen halten. Es sei „nicht entscheidend, dass sich die „nationale Opposition" in allen Punkten einige, sondern dass sie sich gemeinsam der Hauptprobleme annehme. Eine solche Strategie dürfte wiederum dem NS-Flügel um Jürgen Rieger nicht gefallen. Der hat auch ganz persönlich eine Rechnung mit Molau offen, nachdem der Niedersachse beim Bamberger Parteitag Riegers Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden öffentlich eine „politische Katastrophe" genannt hatte.

Absage an Rechts-„Autonome" und NS-Tümelei

Voigt scheint derweil immer noch an eine Verschwörung böser Kräfte zu glauben: „Innerparteilich beginnt dieses Jahr allerdings mit einer, meiner Meinung nach, destruktiven Personaldebatte, welche offensichtlich mittels der Systemmedien von außen in die Partei hineingetragen wird", schrieb er in seiner „Neujahrsbotschaft". Hoffnungen richtet er nicht nur auf Unterstützer innerhalb der Partei, sondern auch auf die parteifreien Neonazis: „Irritationen mit den Freien können sicher dann ausgeräumt werden, wenn wieder Wahrheit und Klarheit in der Führung der Partei herrschen."

Doch hier wie da bröckelt es mehr und mehr. Von den wichtigeren Vorstandsmitgliedern sind bisher nur der Leiter der Parteizentrale Eckart Bräuniger, Parteisprecher Klaus Beier, der Leiter der Rechtsabteilung Frank Schwerdt und Ulrich Eigenfeld, der die Kassenführung beaufsichtigen soll, Voigt nicht öffentlich untreu geworden. Und von vielen „Freien" kann er auch nichts mehr erwarten – unter anderem wegen der Absage seines Vorstands an Rechts-„Autonome" und NS-Tümelei. Thomas Wulff, der erst seinen Job als persönlicher Referent Voigts verlor, dann aus dem Bundesvorstand abgewählt und schließlich öffentlich gerüffelt wurde, weil er eine Hakenkreuzfahne ins Grab von Friedhelm Busse gelegt hatte, formulierte einen Abschied von der „Volksfront" zwischen NPD und parteifreien Neonazis.

Nach einem „freien Koordinierungstreffen" resümierte Wulff: „Diese Parteiführung ist zu einer Zusammenarbeit auf Bundesebene nicht mehr willens und in der Lage!" Habe man anfangs „nur von einigen vereinzelten Fehltritten einiger rückwärtsgewandter Altfunktionäre (z.B. Ulrich Eigenfeld) sprechen" können, „so mussten wir erkennen, dass es nunmehr fester Wille und mit Methode betriebene Abgrenzung, Verleumdung und offene Hetze ist, was seit dem Parteitag in Bamberg von dieser Führungsriege um Holger Apfel, Peter Marx, Sascha Roßmüller, Jens Pühse und auch Udo Voigt kommt". Wer, wie Voigt, die „Vertreter freier Nationalisten als 'feindliche Kräfte' bezeichnet (wie jüngst geschehen) hat sich ganz deutlich von der gemeinsamen Front verabschiedet", schreibt Wulff. Und weiter geht es mit der Generalabrechnung: Marx ist demnach ein „Intrigant", Molau ein „lohnabhängiger, williger Marionettenvorsitzender aus dem Hause Apfel/Pastörs". Die Partei werde um erhebliche personelle Konsequenzen an der Spitze nicht umhin kommen, wenn sie „auch nur den Hauch einer Glaubwürdigkeit erhalten" wolle, meint Wulff. „Noch" sei eine Austrittswelle nicht erwünscht. Jedoch: „Spätestens der nächste Bundesparteitag wird aber zeigen, wohin es mit dieser Partei und unserem guten Willen gehen wird", droht er mit dem offenen Bruch. *Tomas Sager*

Abstruse Bürgerrechtler

Deutliche Drohung gegen Wariner Bürgermeister – die Interim Partei Deutschland hat unverhohlen Kontakte in antisemitische Kreise.

Sie nennen sich Bürgerrechtler, geben sich gern als Anwalt der „kleinen Leute“ aus, vertreten dabei abstruses wie krudes Gedankengut, das mit der These des Fortbestands des Deutschen Reichs auch die Verfassungsschutzbehörden auf den Plan ruft. Die Rede ist von den Anhängern der Interim Partei Deutschland (IPD), die besonders mit Aktivitäten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern in den Fokus gerückt ist.

Die beim Bundeswahlleiter angemeldete Gruppierung sucht gerade nach einer neuen logistischen Heimat, nachdem ihr letztes Domizil in Großhansdorf vor den Toren Hamburgs zwangsversteigert wurde. Über die Heilmedizinerin Heidrun Seip ist der IPD nun eine Immobilie im mecklenburgischen Warin in die Hände gefallen. Weil nun der parteilose Wariner Bürgermeister Hans-Peter Gossel offen gegen die IPD-Machenschaften zu Felde gezogen ist, erhielt er im rechtsextremen Online-Forum von „altermedia“ eine blumig formulierte Drohung: „Hoch-Zeit der Lebkuchenmesser! Das nächste ‘Opfer’ stellt sich zur Verfügung. Gossel? Kommt von Gössel = Gans. Weihnachtszeit, Weihnachtsgänsezeit…“

Das Innenministerium in Schwerin hat nach dem Anschlag auf den Passauer Polizeischef Alois Mannichl sofort reagiert und den Bürgermeister der nordwestmecklenburgischen Kleinstadt unter Polizeischutz gestellt. Dieser war zuvor von der 3. Vorsitzenden der IPD, Heidrun Seip, angezeigt worden und hatte dies öffentlich gemacht. Die Stadtvertretung lehnt es ab, den bereits vollzogenen Hauskauf ins Grundbuch einzutragen, weil man befürchtet, dass die Gemeinde ein IPD-Schulungszentrum erhalten könnte, wie zuletzt in Großhansdorf beobachtet.

So genannte Reichsbürger, die dem jetzigen deutschen Staat die Legalität absprechen, geben sich häufig als hartnäckige Querulanten, wenn es etwa darum geht, Zwangsversteigerungen oder Steuerzahlungen gegenüber Behörden anzufechten. Dazu treten dann schon mal rechtliche Berater auf, die sich damit legitimieren, einem in Ratzeburg ansässigen Rechtsnormen-Schutzverein (RSV) anzugehören. Unverhohlen gibt es aber auch Kontakte in antisemitische Kreise. So wurde zuletzt für den Hamburger IPD-Landesverband Klaus Kaping als Kassenprüfer ausgewiesen, der als Anhänger Horst Mahlers gilt. Über Mahler gab es bis zum Verbot im Mai 2007 auch eine Verbindung zum Verein Collegium Humanum in Vlotho. Einer der dortigen Aktivisten war der bekennende IPDler Axel Thiesmeier aus Bad Oeynhausen. Im November 2008 trat er beim Amtsgericht Zossen an der Seite des angeklagten Dirk Reinecke in Erscheinung, der bereits mehrfach wegen Holocaust-Leugnung mit der Justiz zu tun hatte. IPD-Bundesgeschäftsführer Manuel Kraschinski ist in der Nähe von Kiel beheimatet. Er findet sich im Vorstand der Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat, deren Hamburger Adresse auch mal einen IPD-Kontakt darstellte und als Anschrift für den Verein zum Schutz vor Steuerwillkür dient.

Personen aus Seips Umfeld bieten im Internet zum Teil Versand-Dienstleistungen aus dem Gesundheitswesen an oder preisen die Wirksamkeit von Reinigungsmitteln wie -geräten an. Fantasievoll erscheint jeweils die Namensgebung für den meist völlig überteuerten Online-Handel. Da tritt beispielsweise ein Prüf- und Beschaffungsverband in Erscheinung. Seit einigen Monaten veröffentlicht die IPD in Parchim ein Anzeigenblatt mit dem unverdächtigen Namen „Stadtkurier“. Eine weitere publizistische Variante stellt der „Zentralkurier“ dar, der seinen Verlagssitz laut Impressum in Meppen haben soll, über die Variante Prüf- und Beschaffungsverband namensgleich auch Kräuterextrakte im niedersächsischen Dassel offeriert. Auf der Homepage www.scharlatanprodukte.de outen zwei Schleswig-Holsteiner ihre Skepsis gegenüber der Gültigkeit deutscher Rechtssprechung. Mit dem Verweis auf eine Buchbestellung landet man beim Versand „Die Büchermacher“ von Harry Kümmel aus Langenau. Dort werden dann unter anderem revisionistische Werke neben dem Rechtsratgeber des einschlägigen Deutschen Rechtsbüros, Büchern des „altermedia“-Kolumnisten Michael Winkler, das Werk „Die BRD ist kein Staat“ des langjährigen DVU-Bundesvorstandsmitglieds Klaus Sojka angeboten oder ein Hinweis auf den rechtsextremen Tübinger Hohenrain-Verlag gegeben.

Horst Freires

„Lunikoffs-Soldat"

Der Neonazi Philipp Hasselbach ist in der einschlägigen Szene als Redner sehr gefragt und gilt als hoffnungsvolles Nachwuchstalent.

Philipp Hasselbach (Jg. 1987) war in letzter Zeit in den Medien präsent, da zwei Aktivisten seiner „Freien Nationalisten München" (FNM) wegen einer möglichen Beteiligung an dem Anschlag auf den Passauer Polizeipräsidenten Alois Mannichl ins Visier der Polizei geraten waren. Der unter anderem wegen Volksverhetzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vorbestrafte Hasselbach ist führender Kader der FNM. Hasselbachs politischer Widersacher, der Neonazi Norman Bordin, warf ihm aufgrund seiner TV-Präsenz „mediengeiles Verhalten" vor, das „für die meisten Aktivisten vor Ort ... Humbug und schädlich" sei. Bordin: „Immerhin ist Hasselbach dafür verantwortlich, dass die Realnamen des verhafteten Ehepaares nun auch dem letzten 'Deppen' bekannt sein könnten."

Hasselbach (alias „Lunikoffs-Soldat") trat jüngst auch am 3. Januar bei dem braunen Aufmarsch „gegen Polizeiwillkür und Medienhetze" in Passau als Redner in Erscheinung. Er ist seit Jahren bundesweit einer der gefragtesten Redner in der Neonazi-Szene. Hasselbachs Ausführungen konnte die Szene allein im Monat November bei Demonstrationen in Landsberg und München, einer Gedenkkundgebung am Grab des einstigen SA-Chefs Ernst Röhm auf dem Münchner Westfriedhof und einem Erzählabend mit dem 86-jährigen Franz Gräßl lauschen. „Gerade erst 16 geworden und damit jüngster – und sehr begabter, vielversprechender – Redner" lobte der zwischenzeitlich untergetauchte Justizflüchtling und Hardcore-Antisemit Gerd Ittner den am 6. Dezember 2003 aus Essen nach Nürnberg zu einer Neonazi-Demonstration angereisten Hasselbach als Vertreter des „Freien nationalen Widerstands". Aufmarschiert wurde unter dem sperrigen Motto „Demokratie nützen, heißt Demokratie schützen. Meinungsfreiheit auch für Deutsche! Gegen den Terror der Gutmenschenmafia". Neben regelmäßigen Auftritten bei Neonazi-Kundgebungen ist Hasselbach auch als Anmelder von Demonstrationen und Inhaber von Domains einschlägiger Homepages aktiv.

Politisch engagiert war Hasselbach in seiner Zeit in Essen als Stützpunktleiter der Neonazi-Sektiererorganisation „Kampfbund Deutscher Sozialisten" und der NS-treuen „Kameradschaft Josef Terboven". Terboven war Teilnehmer des Hitler-Putsches vom November 1923, später Gauleiter in Essen und NS-Reichskommissar von Norwegen. Am Tag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus beging der SA-Obergruppenführer in einem Bunker bei Oslo Selbstmord. Terbovens „vorbildlicher Kampf sollte uns immer vor Augen sein", schwadronierte Hasselbach. Lautstark postulierte er als Ziel, „unser Heiliges Deutschland und das gesamte weiße Europa" zu retten. „Wir haben", so Hasselbach, „als nationale und sozialistische Bewegung die Schnauze voll von der immer weiter zunehmenden Einflussnahme der jüdischen Rasse".

Nach seinem Zuzug nach München Anfang 2005 engagierte sich Hasselbach zeitweilig bei dem bayerischen Ableger der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Im Februar 2006 wurde er in den Landesvorstand der bayerischen JN gewählt und agierte dort als Geschäftsführer und Schatzmeister. Einen Parteieintritt in die NPD lehnte der aktionsorientierte Hasselbach ab. Der Ausflug in die Gefilde der JN war nach wenigen Wochen jedoch wieder zu Ende und Hasselbach widmete sich wieder in enger Kooperation mit dem Neonazi Hajo Klettenhofer dem Aufbau der „Autonomen Nationalisten München" (auch „Munich Allstars" genannt).

Die „Autonomen Nationalisten München" waren erstmals im Juni 2005 in Bayern öffentlich aufgetreten und gaben sich im Januar 2008 den Namen „Freie Nationalisten München" (FNM). Im Mai 2008 wehklagte der FNM-Anführer Hasselbach, dass „63 Jahre nach Einstellung der offiziellen Kampfhandlungen (..) wir immer noch nicht frei" seien. „Gesinnungsparagraphen", so Hasselbach, „prägen das bundesdeutsche Strafgesetzbuch und kriminalisieren alle Deutschen, welche nach der Wahrheit suchen und darüber offen reden. Darüber hinaus ist es beschämend, dass das politische Establishment dieses Systems gerade jenen Mächten als Vasall dient, die Deutschland zerstört haben." Sowohl Philipp Hasselbach als auch Norman Bordin nahmen im Sommer vergangenen Jahres am Begräbnis des verstorbenen einstigen Rechtsterroristen Friedhelm Busse in Passau teil.

Anton Maegerle

Auftakt in Hessen

Rechtsextreme rüsten zur Landtagswahl.

Die hessische NPD ist bescheiden geworden. Hatte man vor einem Jahr den Wählern noch ein „Sofortprogramm“ der „künftigen NPD-Fraktion im Hessischen Landtag“ präsentiert, so setzt der Landesvorsitzende Jörg Krebs diesmal nur noch darauf, am 18. Januar die größte unter den Splitterparteien zu werden. Der NPD sei es in der Kürze der Zeit gelungen, mehr Direktkandidaten aufzustellen als die Freien Wähler und die Republikaner, meint Krebs, und schöpft daraus die Zuversicht, „dass es der NPD gelingen könnte, wenigstens diese beiden Gruppierungen hinter sich zu lassen“.

Tatsächlich schaffte es die NPD, nicht nur für ihre Landesliste die Unterstützungsunterschriften beizubringen, sondern auch für 34 Direktkandidaten. Damit wird sie in fast zwei Drittel der 55 Wahlkreise auch mit der Erststimme wählbar sein. Wegen formaler Fehler bei der Kandidatenaufstellung scheiterte die NPD in vier weiteren Wahlkreisen. Die Republikaner haben lediglich in 14 Wahlkreisen Direktkandidaten nominieren können. Bei der Wahl 2008 war das Kräfteverhältnis noch umgekehrt: Seinerzeit stellten die Republikaner in 50 Wahlkreisen Kandidaten auf, die NPD nur in 38.

Personell setzen die Republikaner auf Kontinuität. Wie 2008 stehen der Landeschef Haymo Hoch (55) aus Zwingenberg und Mark Olaf Enderes (44) auf den ersten Plätzen der Landesliste. Hoch ist bereits zum vierten Mal Spitzenkandidat. Bei der NPD hingegen gab’s Veränderungen. Die ersten drei der Landesliste von 2008, Doris Zutt, Dirk Waldschmidt und Marcel Wöll, fehlen diesmal, weil sie umgezogen sind beziehungsweise sich zurückgezogen haben. Angeführt wird die Liste von Krebs, der dem Frankfurter Stadtrat angehört, und dem Wetterauer Kreistagsabgeordneten Volker Sachs. Auf Platz 3 findet sich mit Ursula Schäfer (Vogelsbergkreis) die erste Vertreterin der DVU. Deren Landesvorsitzender Gerald Wissler steht auf Platz 6, gefolgt von Nicole Becker, die zu den „parteifreien“ Neonazis gerechnet wird. Sie ist eine der Initiatorinnen der Sanitätertruppe „Ersthelfer“ und war Anmelderin eines Neonaziaufmarschs im Herbst 2007 in Wetzlar.

Tomas Sager

Ausland

Angst und Schrecken

Paramilitärische Garde in Ungarn aufgelöst.

Nach fast einjährigem Prozess hat das Budapester Stadtgericht den Trägerverein der rechtsextremen Magyar Gárda – der Ungarischen Garde – aufgelöst. Die paramilitärische Garde wurde vom 29-jährigen Gàbor Vona, der gleichzeitig Vorsitzender der rechtsextremen Partei Jobbik ist, angeführt. Jobbik, zu Deutsch: „Die Besseren“, wurde im Sommer 2003 von radikalen Universitätsstudenten gegründet und gilt als das Sammelbecken der rechtsextremen Szene Ungarns.

Unter Fahnen mit rot-weißen Arpad-Streifen und goldenem Löwen, einer Variation des Symbols der ungarischen faschistischen Pfeilkreuzler, marschierten im August 2007 unter Trommelwirbel 56 Gardisten zur Vereidigung zum Platz vor dem Präsidentenpalast auf dem Buda Berg. Das Outfit erinnerte an die ungarischen Faschisten der 1940-iger Jahre, die mit Nazideutschland kollaborierten. Auch die Zahl 56 war Symbol. Sie sollte an den Ungarn-Aufstand 1956 gegen die sowjetischen Besatzer erinnern. Bei jüdischen Organisationen, Roma-Verbänden und Homosexuellen rief die Gründung des paramilitärischen Arms der Jobbik-Partei Ängste hervor. Denn die Partei betrieb schon vorher regelrechte Hetzkampagnen gegen Minderheiten. Immer wieder marschierte der martialisch anmutende Trupp der über 1300 Mitglieder zählenden Garde, darunter auch einige Frauen, in Roma-Viertel ein und versetzte diese in Angst und Schrecken. Im Internet entstand ein „Pranger“, der auf „kriminelle Zigeuner“ und Polizeispitzel hinwies. Zudem wurde auf der Homepage der Jobbik dazu aufgefordert, Homosexuelle zu fotografieren. Und tatsächlich kam es immer wieder zu brutalen Übergriffen.

Nun folgte das vorläufige Aus für die Ungarische Garde. Ob das Urteil allerdings Bestand hat, ist derzeit fraglich. Die Demonstrationen und Aufmärsche wurden stets von der „Bewegung Ungarische Garde“ angemeldet und von den Behörden genehmigt. Das ungarische Recht kennt den Begriff der „Bewegung“ nicht, insoweit wäre die Auflösung unter Umständen nicht durchsetzbar.

Thomas Niehoff

Prozesse

Musik im Probenraum

Skinheads klagen gegen die polizeiliche Auflösung einer Konzertveranstaltung in angeblich privatem Rahmen.

Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart hat der Klage von vier Skinheads gegen die Stadt Geislingen (Kreis Göppingen) stattgegeben (Aktenzeichen: 1K 754/06). Das Gericht in der baden-württembergischen Landeshauptstadt hat auf Grund einer mündlichen Verhandlung vom 18. Dezember 2008 festgestellt, dass die polizeiliche Auflösung der rechtsextremen Musikveranstaltung am 21. Januar 2006 im Geislinger Stadtteil Eybach rechtswidrig war. Dieses Urteil wird in seiner derzeitigen Substanz vermutlich eine grundlegende Bedeutung bei der Durchführung von Konzertveranstaltungen dieser Art durch die rechtsextreme Szene beziehungsweise der möglichen Beendigung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland haben.

Am Winterabend des 21. Januar vor knapp drei Jahren hatten die Kläger zu einer als privat ausgegebenen Konzertveranstaltung mit politischem Charakter eingeladen. Vorgeblicher Anlass war der 22. Geburtstag von Stefan Hinrichs am 6. November 2005, also gut zehn Wochen vor der großen Konzertveranstaltung. Drei Bands waren für diesen Abend in den Proberaum der lokalen Musikgruppe „Division Staufen“ geladen. „Tobsucht“ aus Konstanz, „Blue Max“ aus Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis und „Breakdown“ aus dem Raum Alzey/Rheinland-Pfalz wollten vor den rund 120 Personen aus Süddeutschland, Sachsen und der Schweiz spielen. Zwei der Kläger gaben gegenüber dem Gericht an, den, im Übrigen viel zu kleinen Raum, von der Band „Division Staufen“ angemietet zu haben. Neben Stefan Hinrichs (Schlagzeug) spielen auch die Mitkläger Michael Maier (Bass) und Thomas Rauch (Gesang) bei „Division Staufen“. Gegründet worden war die Band im September 2001 als Trio. Den Proberaum besitzt die Musikgruppe seit 2004. Es handelt sich um den ehemaligen Bierkeller der früheren Schlossbrauerei auf einem verlassenen Industriegelände.

Rund 100 Polizeibeamte aus der gesamten Region waren an dem Großeinsatz im Januar 2006 beteiligt. 118 Konzertbesucher wurden polizeilich überprüft und durchsucht. Rund die Hälfte der kontrollierten Personen waren nach Aussage der Polizei „mit einschlägigen Erkenntnissen und Ausschreibungen notiert“ gewesen. Drei Personen waren in Gewahrsam genommen worden. Gegen eine weitere Person wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation eingeleitet. In Erwartung der Begehung von ebensolchen Straftaten und bedeutender Ordnungswidrigkeiten gegen jugendschutz- und gaststättenrechtliche Bestimmungen hatte die Polizei diese Großveranstaltung mit ihrem Einsatz ab 22.00 Uhr beendet.

Die vier Kläger machten im Rahmen der öffentlichen mündlichen Verhandlung vom 18. Dezember hingegen geltend, die bloße Tatsache, dass eine solche Musikveranstaltung, die im Übrigen in einem privaten Rahmen stattgefunden habe, von der rechten Szene durchgeführt werde, sei schon Grund genug für einen Polizeieinsatz. Dies zeige die Praxis nicht nur bei diesem Konzert. Das Gericht hat festgestellt, dass die Auflösung der Veranstaltung rechtswidrig war. Die Entscheidungsgründe werden in wenigen Wochen bekannt gegeben, nachdem das schriftliche Urteil den Verfahrensbeteiligten zugestellt worden ist. Diese haben die Möglichkeit, binnen eines Monats nach Zustellung der schriftlichen Entscheidungsgründe die Zulassung der Berufung zu beantragen.

Dies war nicht die erste Veranstaltung im Proberaum von „Division Staufen“. So konzertierte beispielsweise die Band ungestört im Juli 2005 vor rund 40 Personen. Bislang zwei Veröffentlichungen liegen von „Division Staufen“ vor. Neben der Demo-CD „Wir sind das Volk“ vom Dezember 2003 noch die die CD „Fiktion oder Realität“ aus dem Jahr 2004.

Vertreten wurden die vier Kläger Stefan Hinrichs, Armin Geiger, Manuel Maier und Thomas Rauch durch den Stuttgarter Szeneanwalt Alexander Heinig. Heinig führte in den frühen 90-er Jahren die lokale Gruppe „Kreuzritter für Deutschland“ an und spielt seit 1996 als Bassist und Sänger in der Stuttgarter Skinhead-Band „Ultima Ratio“. Ein Anwalt in eigener Sache folglich.

Ulrike R. Kreutzer

Blick in die Zeitgeschichte

Düstere Erinnerung

2009 jähren sich wieder zahlreiche Daten deutscher Geschichte – ein Rückblick auf die Jahre 1934, 1939 und 1944.

Zum Jahresbeginn 2009 erinnert der „blick nach rechts“ an Ereignisse während der Zeit des nationalsozialistischen Terrorregimes vor 75, vor 70 und vor 65 Jahren.

1934: In Deutschland sind die Nationalsozialisten seit dem 30. Januar 1933 an der Macht. Sie zögern nicht, diese auch anzuwenden. Am 30. Juni 1934 lässt Hitler etwa 4000 Angehörige seiner Sturmabteilungen (SA) ermorden, unter ihnen auch seinen Freund, SA-Chef Ernst Röhm. Die SA war Hitler zu mächtig geworden. Dem Volk wird erzählt, Röhm habe gegen Hitler putschen wollen. So entstand das Schlagwort „Röhm-Putsch“. Im benachbarten Rest-Österreich, ohne das verloren gegangene Ungarn und weitere riesige Gebiete, verlangen viele den Anschluss an das mächtige Deutsche Reich. Den aber hatten die Sieger des Ersten Weltkrieges im Friedensvertrag ausdrücklich verboten. Bundeskanzler Engelbert Dollfuss, ein extrem katholischer Konservativer und erbitterter Gegner des Anschlusses, verwandelt die Republik Österreich in einen Staat auf christlicher-ständischer Grundlage. Er wird am 25. Juli von österreichischen Nationalsozialisten ermordet. Der Weg zum „Anschluss“ vom März 1938 ist zwar noch weit, ein großes Hindernis aber beiseite geschafft.

1939 stehen Hitler und das gesamte NS-Regime kurz vor dem Höhepunkt innen- und außenpolitischer Erfolge. Die Arbeitslosigkeit ist beseitigt, es herrscht Vollbeschäftigung wegen der gewaltigen Hochrüstung. Der Bevölkerung geht es wirtschaftlich gut – außer den Juden. Die sind auf allen Gebieten an den Rand gedrängt, aus öffentlichen Ämtern verschwunden. Die „Endlösung“ beginnt erst ein Jahr später nach dem Überfall auf Polen, weil dort nun, weit weg vom Reichsgebiet, die Vernichtungslager gebaut werden können. Als äußeres Zeichen der Etablierung bezieht Hitler am 9. Januar die neue Reichskanzlei in Berlin. Innenpolitisch haben die Nationalsozialisten alles Wesentliche erreicht. Es beginnt die Zeit der imperialistischen Außenpolitik. Am 14. März lässt Hitler die Tschechoslowakei besetzen. Eine Woche später, am 21. März, fordert Hitler von Polen die Rückgabe der Stadt Danzig. Sie war nach dem Ersten Weltkrieg Polen zuerkannt worden. Am 3. April befiehlt Hitler dem Generalstab, den Angriff auf Polen vorzubereiten. Außenminister Joachim von Ribbentrop reist nach Moskau und unterzeichnet am 23. August offiziell den Nichtangriffspakt zwischen dem „Dritten Reich“ und der UdSSR. In einem geheimen „Zusatzabkommen“ vereinbaren die beiden Außenminister von Ribbentrop und Molotow, nach dem Überfall auf Polen das Land unter sich aufzuteilen. Am 31. August befiehlt Hitler den Angriff auf Polen, am 1. September überschreiten deutsche Truppen die Grenze. Der Krieg, aus dem bald der Zweite Weltkrieg wird, hat begonnen. Nun kann auch die Vernichtung der europäischen Juden vorbereitet werden. Der Chef der Sicherheitspolizei und der Gestapo, Reinhard Heydrich, erteilt am 21. September die Richtlinien für den heimtückischen Krieg der „Einsatzgruppen“ gegen die Juden. Das ist eine der letzten Phasen vor dem Befehl zur Ausrottung, womit Göring wenig später ebenfalls Heydrich beauftragt.

Um die gesamte Polizei in einer Behörde zusammenzufassen, wird am 27. September 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gegründet, das Heydrich übernimmt. Trotz der Popularität Hitlers versucht ein völlig unbekannter Mann, am 8. November in München den Diktator mit einer Bombe zu töten: Georg Elser. Öffentlich wird verbreitet, hinter dem Anschlag stecke der britische Geheimdienst. Tatsächlich handelt Elser ganz allein. Das Regime wollte ihm erst nach dem „Endsieg“ einen Schauprozess machen. Da es mit dem „Endsieg“ nichts wurde, ließ Hitler den Häftling Elser im KZ Dachau Anfang 1945 ermorden.

1944: Nach großen Erfolgen in den ersten Kriegsjahren hat nun das Ende des Regimes begonnen. Nach der Niederlage in Stalingrad befinden sich die Truppen Hitlers und seiner Verbündeten nur noch auf dem Rückzug. Italien hat im Oktober 1943 den Pakt mit Deutschland verlassen und steht an der Seite der Alliierten. Der „Endsieg“ ist nicht mehr zu erreichen. Nun ist die Vernichtung der Juden oberstes Ziel. Das RSHA beschließt die Ermordung der ungarischen Juden. Adolf Eichmann reist dazu am 19. März 1944 persönlich nach Budapest. Am 14. April beginnen die Mas-

sentransporte nach Auschwitz. Am 6. Juni 1944 – nach der Landung der Westalliierten in der Normandie – beginnt der Rückzug auch an der Westfront. Am 22. Juni, auf den Tag genau drei Jahre nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR 1941, setzt die Rote Armee zum Sturm auf das Deutsche Reich an. Am 20. Juli misslingt der Anschlag auf Hitler in seiner „Wolfsschanze" in Ostpreußen. Am 24. Juli wird mit Majdanek das erste NS-Konzentrations- und Vernichtungslager befreit. Eine Woche später, am 1. August, beginnt in Warschau der Aufstand der Bevölkerung. Er bricht erst nach sechs Wochen zusammen.

Während die meisten KZs in Osteuropa bereits in der ersten Hälfte des Jahres befreit worden waren, kommt nun die Stunde der Freiheit auch für die Lager in Westeuropa. Für das Durchgangslager Drancy in Frankreich ist der Tag der Befreiung der 23. August 1944. Zwei Wochen später, am 7. Oktober, erheben sich die Angehörigen des Todeskommandos in Auschwitz. Sie spüren das Ende des Terrors. Doch ihr Aufstand ist nur ein kurzes Aufbäumen. Die SS ermordet die Aufständischen schon nach wenigen Stunden. Am 19. August verweigert der Kommandant von Paris, General Coldiz, die Zerstörung von Paris und schließt einen Waffenstillstand mit der Widerstandsführung. Am 21. Oktober wird mit Aachen die erste westdeutsche Großstadt besetzt.

11. November 1944: Himmler befiehlt, die Gasmorde in Auschwitz einzustellen. Er braucht „Austauschjuden" für Friedensverhandlungen mit den Westmächten. Der 16. November markiert den von Anfang an zum Scheitern verurteilten Versuch, das Kriegsgeschick doch noch zu wenden: Die „Ardennen-Offensive". Hauptziel dieses letzten Aufbäumens war es, die belgische Nordseeküste zu erreichen. In Antwerpen hatten die Alliierten einen großen Ölhafen eingerichtet. Auf ihn hatten es die deutschen Truppen auf Befehl Hitlers vor allem abgesehen. Das angeblich größte Problem der deutschen Truppen war nämlich angeblich der Mangel an Treibstoff. Tatsächlich waren aber alle Truppenteile erschöpft. Es fehlte an allem – vom Treibstoff über Ersatzteile und Munition bis zur Verpflegung. Nach anfänglichen Siegen geriet der deutsche Vormarsch bald ins Stocken. So scheiterte Hitlers letzter Versuch, die unabweisbare Niederlage in einen Sieg zu verwandeln.

Heiner Lichtenstein

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Teil II.

Der „blick nach rechts" dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2008:

Juli 2008:

Der MDR berichtete am 4. Juli über die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Dessau-Roßlau. Am 6. Juli wurde eine männliche Person von Zeugen bei einer Sachbeschädigung am Totenhaus der Jüdischen Gemeinde Elmshorn bemerkt. Der Täter wollte eine Doppelflügeltür aufbrechen, um ins Innere des Totenhauses zu gelangen. Er soll sich antisemitisch geäußert haben. (Pressemitteilung der Polizei Itzehoe v. 10.7./Elmshorner Nachrichten v. 11.7.) Ein 28-Jähriger beschmierte am 8. Juli vier Stelen am Holocaust-Mahnmal in Berlin mit rechtsextremen Sprüchen. (ddp v. 9.7.) Am Abend des 8. Juli sprühte der 28-jährige Rechtsextremist Matthias T. aus Sachsen, NPD-Kandidat bei den sächsischen Kommunalwahlen, die Ziffern „884", ein Symbol für „Heil Hitler Deutschland" auf eine Stele des Holocaust-Mahnmals. (Bild v. 9.7./Berliner Morgenpost v. 21.7.) In Frankfurt/Oder drangen in der Nacht zum 12. Juli Unbekannte in die Räume der Jüdischen Gemeinde ein. Neben Geld wurde ein Computer entwendet, in dem die Personaldaten sämtlicher 217 Gemeindemitglieder gespeichert waren. Am 10. Juli war zudem bei der Jüdischen Gemeinde zum wiederholten Mal ein anonymer Drohbrief eingegangen. (http://de.news.yahoo.com v. 14.7./Märkische Oderzeitung v. 14.7.) Am 17. Juli berichtete die Jüdische Allgemeine, dass Unbekannte im sauerländischen Lennestadt-Elspe vier Stolpersteine mit teerähnlicher Farbe geschwärzt hatten. Am Tatort sollen Flyer mit rechtsextremen Parolen verteilt worden sein. Am 17. Juli wurde die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Güstrow bemerkt. Acht Grabsteine waren mit NS-Symbolen, darunter Hakenkreuzen, SS-Runen sowie dem Kürzel „c 18" (= Combat 18) beschmiert worden. (ddp v. 17.7.) In der Nacht vom 19. auf den 20. wurde bei einer Geburtstagsparty in Gummersbach (NRW) am Sportplatz Rospe ein 17-jähriger Jugendlicher aufgrund seiner jüdischen Herkunft von mehreren

Tätern krankenhausreif geprügelt. Die Täter brüllten „Du dreckige Judensau“, bedrohten auch die Schwestern des Opfers und zeigten mehrfach den Hitlergruß. (Kölnische Rundschau v. 22.7./Oberberg-Aktuell v. 21. und 23.7.) Am 23. Juli meldete Radio Bremen, dass die Bremer Staatsanwaltschaft Anklage wegen Volksverhetzung gegen den dortigen NPD-Landesvorsitzenden Horst Görmann erhoben habe. Der langjährige NPD-Funktionär soll laut Anklage im November 2007 auf der Homepage der Bremer NPD jüdische Bürger/innen beschimpft und verunglimpft haben. In Passau zogen Neonazis am 26. Juli nach der Beerdigung des Alt-Neonazis Friedhelm Busse mit einer Spontan-Demonstration durch die Innenstadt. Skandiert wurden NS-Parolen wie „Deutschland erwache!“ und einmal wurde „Deutsche macht euch frei, von der Juden-Tyrannei“ gebrüllt. (www.netz-gegen-nazis.de v. 27.7.) Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder sagte am 28. Juli, dass die dortige Jüdische Gemeinde erneut einen Drohbrief mit antisemitischem Inhalt bekommen habe. (dpa v. 28.7.) Am 28. Juli wurde die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Cottbus entdeckt. Zwölf Grabsteine waren umgestürzt worden. (Lausitzer Rundschau v. 28.7.)

August 2008:

Bei einem Neonaziaufmarsch am 2. August in Bad Nenndorf in Niedersachsen hetzte Constant Kusters, Vorsitzender der Nederlandse Volks-Unie: „Zionisten, packt eure Koffer und geht weg aus Europa!“. (redok v. 5.8.) Beim DFB-Pokalspiel gegen Tennis Borussia Berlin am 9. August randalierten Anhänger des Bundesligisten FC Energie Cottbus. Sie brüllten antisemitische und rassistische Parolen, griffen Ordner an und verletzten 15 Polizisten. (Tagesspiegel v. 11.8.) Am 14. August standen drei rechte Jugendliche vor dem Hünfelder Jugendrichter. Sie hatten in Eiterfeld (Hessen) eine Gedenktafel für die ehemalige jüdische Gemeinde abgeschraubt und in einen Müllcontainer gelegt. (Fuldaer Zeitung v. 15.8.) Bei der Partie des Drittligisten FC Rot-Weiß Erfurt gegen Carl Zeiss Jena am 15. August im Erfurter Steigerwaldstadion wurden von der Haupttribüne mehrfach „Juden Jena“-Rufe gebrüllt. An dem Gebrüll waren 400 bis 500 Personen beteiligt. (MDR v. 21.8./Spiegel online v. 16.8.) Der 51-jährige arbeitslose Physiker Michael Winkler wurde in einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Würzburg wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt. Auf seiner Homepage hatte er unter der Überschrift „Das Undenkbare“ die Zahlen der ermordeten Juden klein geredet und das Tagebuch der Anne Frank als „Fälschung“ bezeichnet. (Mainpost v. 21.8.) Am 23. August teilte die Polizei mit, dass das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin geschändet worden war. An sieben Stelen wurden elf Hakenkreuze in roter und schwarzer Farbe angebracht. (ddp v. 23.8.) In der Nacht zum 29. August stahlen Unbekannte vom neuen Jüdischen Friedhof in Mainz einen vergoldeten Davidstern. (AP v. 1.7.) Bei einer Wahlkampfveranstaltung der bayerischen NPD am 30. August in Eggenfelde äußerte Udo Pastörs über Michel Friedman: „Fast hätte ich gesagt, dieser Zigeunerjude“. (Süddeutsche Zeitung online v. 2.9.) Zwischen dem 30. August und dem 3. September wurde der Jüdische Friedhof im fränkischen Bechhofen geschändet. Zwei Grabsteine wurden umgeworfen und vier weitere zerbrochen. (Fränkische Landeszeitung v. 10.9.)

September 2008:

Am 6. September wurden in Kleinlinden (Hessen) antisemitische Pamphlete an den Türen der evangelischen Kirche und der Johanneskirche entdeckt. (Gießener Anzeiger v. 9.9.) Ein 30-jähriger Mann beschädigte am 8. September in Berlin-Marzahn einen Informationsstand der Zeugen Jehovas und beschimpfte die beiden Standbetreuer antisemitisch. (dpa/Welt online v. 9.9.) Der NPD-Funktionär Janus Nowak erklärte zur Eröffnung einer Grundschule für jüdische Kinder am 8. September in Stuttgart: „Besonders dreist ist die Tatsache, dass es nicht darum ging, ob überhaupt eine Privatschule für jüdische Kinder errichtet werden soll, sondern wer diese finanziert“. Nowak weiter: „Ministerpräsident Oettinger steht nach seinem Kniefall vor Frau Knobloch ‘Gewehr bei Fuß’.“ (Pressemitteilung des NPD-Regionalverbandes Böblingen-Stuttgart-Ludwigsburg v. 9.9.) Am 8. September wurde die Wohnung eines 36-jährigen Münchner Taxifahrers von der Polizei durchsucht. Gefunden wurden unter anderem eine Hitlerbüste und eine Hakenkreuzfahne. Der Mann soll 180 Briefe mit rechtsextremem Inhalt an jüdische Kultusgemeinden verschickt haben. (ddp v. 9.9.) In der Nacht zum 24. September wurde die Geschäftsstelle der LINKEN in Gadebusch (Mecklenburg-Vorpommern) mit antisemitischen Hassparolen beschmiert. Auf die Fensterscheiben waren Hakenkreuze, „Wehrt Euch“ sowie „Judenre-

publik“ geschmiert. (Schweriner Volkszeitung v. 24.9.) In der Nacht zum 26. September wurde der Jüdische Friedhof in Westerstede (Niedersachsen) geschände. Grabsteine wurden umgeworfen und mit Hakenkreuzen beschmiert. Rechtsextreme Parolen und Zeichen fanden sich auch an einer Schule, der Stadtbücherei und zwei Autos. Drei Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen. (www.nwzonline.de v. 27.9.) In der Nacht zum 29. September wurde eine Info-Tafel des Jüdischen Friedhofs in Berlin-Mitte mit antisemitischen Parolen besudelt. Der Jüdische Friedhof war erst wenige Tage zuvor wieder eröffnet worden. (dpa v. 29.9.)

Oktober 2008:

Am 1. Oktober wurden auf einem Gehweg in Berlin-Lichtenberg antisemitische Schmierereien entdeckt. (Berliner Morgenpost v. 2.10.) Am 2. Oktober berichtete die Ostsee-Zeitung, dass Unbekannte in Wismar einen Stolperstein aus einem Gehweg entfernt hätten. Beim Fußball-Fünftligaspiel zwischen Lok Leipzig und Carl Zeiss Jena II am 4. Oktober in Jena wurde mehrfach aus dem Leipziger Fanblock „Juden Jena“ gebüllt. Das Sportgericht des Norddeutschen Fußballverbandes verurteilte den Klub wegen antisemitischer Parolen am 14. Oktober zu einer Geldstrafe von 1500 Euro. (Süddeutsche Zeitung v. 15.10.) Unbekannte beschmierten am 12. Oktober einen Stolperstein in der Innenstadt von Potsdam mit einem Hakenkreuz. (Welt v. 13.10.) Am 15. Oktober zündelten Unbekannte am Jüdischen Mahnmal für Deportationen in Berlin-Moabit. Sie legten Zeitungspapier zwischen die Granitblöcke und setzten es in Brand. (ddp v. 16.10.) Der parteilose Landtagsabgeordnete Klaus-Jürgen Menzel, zeitweilig sächsischer NPD-Landesvize, löste am 17. Oktober im sächsischen Landtag mit antisemitischen Parolen und einem Aufruf zur Gewalt einen Eklat aus. Menzel empfahl den Einsatz von Waffengewalt gegen „Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopathen“. Gegen diese würden keine langen Reden mehr helfen, sondern „nur noch Handgranaten“. (MDR v. 17.10.) Mehrere Anhänger der NPD, darunter der Gemeindevertreter von Woltersdorf, Andreas Kavalir, störten am 20. Oktober das Jüdische Laubhüttenfest im brandenburgischen Schöneiche. (Märkische Allgemeine v. 20.10.) 12 bis 15 rechtsgerichtete Jugendliche aus Hildburghausen stürmten am 18. Oktober eine Geburtstagsparty im Schloss Weitersroda (Thüringen). Sie brüllten „Juden“ und „Schwule“ und schlugen auf die Gäste ein. (Freies Wort v. 21. u. 24.10.) Der NPD-Funktionär Ronnie Hellriegel wurde am 21. Oktober vom Stuttgarter Landgericht wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe in Höhe von 2400 Euro verurteilt. Hellriegel wurde zur Last gelegt, bei dem „Anna-Scheufele-Fest“ in Stuttgart-Kaltental ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Kritik an der Regierung: 100 Euro; Kritik am Zentralrat: 1000 Euro; Holocau§tleugnung: Unbezahlbar“ getragen zu haben. (Http://www.npd-bw.de; eingesehen am 18. November) Das Bielefelder Landgericht verurteilte am 21. Oktober in zweiter Instanz die 79-jährige Ursula Haverbeck-Wetzel wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro. Haverbeck-Wetzel, vormals Vorsitzende des im Mai verbotenen Vereins „Collegium Humanum“ (CH), hatte in einem Artikel in dem CH-Blättchen „Stimme des Gewissens“ den Holocaust in Frage gestellt. (Mindener Tageblatt v. 22.10.) Am frühen Morgen des 23. Oktober wurde ein Feuer an der Mauer des Jüdischen Friedhofs in Berlin-Prenzlauer Berg bemerkt. Polizeibeamte fanden auf dem Gehweg an der Friedhofsmauer drei mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllte Kanister. (Pressemitteilung der Polizei Berlin v. 23.10.) Der einschlägig verurteilte Holocaust-Leugner Klaus Krusche (62) wurde am 28. Oktober vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen öffentlicher Holocaust-Leugnung im Februar 2006 zu einer Geldstrafe von 1500 Euro verurteilt. Krusche legte Berufung ein. (dpa v. 28.10.) In der Nacht zum 28. Oktober wurde der parteilose Bürgermeister von Schöneiche (Oder-Spree) mit antisemitischen Parolen beschimpft. Unbekannte hatten an seinem Wohnhaus geklingelt und ihn angepöbelt. (Hamburger Abendblatt/dpa v. 28.10.) Am 28. Oktober entdeckten Polizisten antisemitische Schmierereien an der „Gedenkstätte ehemaliges jüdisches Altenheim“ in Berlin-Mitte. (Pressemitteilung der Polizei Berlin v. 29.10.) Am 29. Oktober berichtete die Polizei über die Schändung eines jüdischen Gedenksteins in Schöneiche. Die Täter rissen mehrere Metallbuchstaben heraus und brachen den Davidstern ab. Zwei Tatverdächtige im Alter von 18 und 19 Jahren, die beide aus der Region kommen, wurden ermittelt. (ddp/Tagesspiegel v. 29.10./ddp v. 26.11.)

Teil III. folgt in der nächsten Ausgabe.

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Meldungen

„Ein neues Deutschland“

Bergheim/Düren/Köln – Der erst im April aus der Haft entlassene Neonazi und Hitler-Verehrer, Axel Reitz, wird für die nordrhein-westfälische NPD bei den Kommunalwahlen 2009 als Landratskandidat im Rhein-Erft-Kreis antreten. Dies geht aus einer NPD-Pressemitteilung hervor. Laut NPD-Kreisverband Düren hielt die Partei am 4. Januar einen Neujahrsempfang ab und stellte dabei Reitz als Kandidaten vor. Neben dem NPD-Kader Udo Pastörs fungierten Reitz und NPD-Landeschef Claus Cremer als Redner. Beide sollen laut der Pressemitteilung die „erfolgreiche politische Zusammenarbeit der NPD und parteifreier Aktivisten in Westfalen und im Rheinland“ gelobt haben. Reitz, seinerzeit „Gauleiter“ des unterdessen aufgelösten „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (KDS), war 2005 unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilt worden, begangen bei einem Aufmarsch gegen den Bau einer Synagoge in Bochum 2004. Seit seiner Haftentlassung im April 2008 trat Reitz auf NPD- und Neonazi-Veranstaltungen beziehungsweise -Aufmärschen als Redner auf, zuletzt am 3. Januar in Passau. Reitz war zudem 2008 in Aachen Anmelder eines provokativen Aufmarsches am Vorabend des 70. Jahrestages der Reichpogromnacht und eines Aufmarsches an Heiligabend. Das Verwaltungsgericht Aachen stellte zu dem 25-Jährigen im November 2008 fest, dass er „ein nationalsozialistisches und antisemitisches Weltbild“ vertrete. Im April 2008 rief Reitz während eines NPD-Aufmarsches in Stolberg den rund 450 „Kameraden“ im Beisein von NPD-Chef Udo Voigt zu: „Wir haben mittlerweile in Deutschland einen Rassenkampf und wir [die Deutschen; Anm.] sind dabei ihn zu verlieren. […] Wir sind das letzte Bataillon, das angetreten ist, die Zeit zu wenden und ein neues Deutschland zu schaffen.“ (mik)

„Tag der Ehre“

Ungarn (Budapest) – Am 14. Februar wollen Neonazis aus verschiedenen Ländern in der ungarischen Hauptstadt Budapest aufmarschieren. Mit dem seit den 90er Jahren traditionellen Aufmarsch zum „Tag der Ehre“ wollen Neonazis aus dem In- und Ausland ihre historischen Vorbilder feiern. Am 10. Februar 1945 hatten ungarische Truppen zusammen mit Einheiten der Waffen-SS einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Budapester Burgviertel unternommen. Neonazis bezeichnen seit der Wende diesen Tag als „Tag der Ehre“. Angekündigt sind Redner aus Ungarn, Tschechien, Dänemark, Schweden und der Bundesrepublik Deutschland. Am Abend des 14. Februar sollen bei einem „Gedenkkonzert“ zwei ungarische Skinhead-Bands und drei weitere Bands aus dem Ausland aufspielen. In den vergangenen Jahren waren bei dem Neonazi-Aufmarsch auch immer wieder NPD-Delegationen vor Ort. Bei dem abendlichen „Gedenkkonzert“ zeigten Neonazis wie Matthias Fischer, der jüngst aus der NPD ausgetreten ist, auch schon mal den Hitlergruß. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de